

Die wichtigsten kulturellen Etappen des Politikbegriffs.

Wenn man sich auf den Bereich der menschlichen Gesellschaft beschränkt, ist die Politik die höchste und edelste Erfindung, die jemals gemacht wurde.

Um den Weg zu verstehen, der zur heutigen Schwäche der Politik geführt hat, ist es sinnvoll, bis ins 8. Jahrhundert v. Chr. zurückzugehen, in die Zeit Roms, Spartas und Athens. Die Bewohner dieser Städte hatten verstanden, dass sie ohne Könige auskommen konnten, und hatten intuitiv erkannt, ohne jedoch etwas zu kodifizieren, dass die Politik die grundlegende Aufgabe hat, die Macht zu begrenzen und innerhalb einer Gemeinschaft (einer Polis, einem Staat usw.) die Vertreter unterschiedlicher Interessen zum Dialog zu bewegen, um eine gemeinsame Zukunftsvision und gemeinsame Ziele zu finden: und das alles ohne Gewaltanwendung.

Dieses Politikverständnis brachte eine zeitliche Begrenzung der Macht mit sich, und tatsächlich hatten die Konsuln in Rom zwar viel Macht, aber ihr Amt konnte nur ein Jahr lang ausgeübt werden. Im vierten Jahrhundert v. Chr. erklärte der Philosoph Aristoteles (Lehrer Alexanders des Großen), dass Politik das Ziel habe, Gutes zu tun. Thomas von Aquin übernahm später diese Sichtweise, die das gesamte Christentum beeinflussen sollte.

Die Aussage von Aristoteles, die auf den ersten Blick offensichtlich und positiv erscheint, führt die Politik in einen ethischen Bereich und lässt die grundlegenden Erkenntnisse der Griechen und Römer aus den Augen verlieren.

Leider ist dieser Ansatz in der westlichen Kultur nach wie vor vorherrschend und gerade er ist die Ursache für die extreme Schwäche der Politik. Tatsächlich akzeptiert der Westen, dass Politik eine Tätigkeit sein kann, die eine Person ihr ganzes Leben lang ausüben kann (und erlaubt damit das Gegenteil von dem, was die zeitliche Begrenzung der Macht erfordern würde), und er lässt zu, dass dieselbe Person an der Spitze ihrer Partei stehen und gleichzeitig im Parlament sitzen und Gesetze für alle machen kann. Diese beiden Gepflogenheiten haben verheerende Folgen für die Wirksamkeit der Politik.

Warum?

Eine Person, die von Beruf Politiker ist, bezieht ihr Einkommen, um ihre Kinder zu ernähren, wenn es ihr gelingt, ihren Sitz über einen längeren Zeitraum zu behalten. Mit diesem Sitz ist das Überleben ihrer Familie verbunden: All dies schafft eine viszerale Bindung. Die Tatsache, dass dieselbe Person die Macht hat, Gesetze für alle zu erlassen, führt zwangsläufig dazu, dass sie Gesetze erlässt, die ihre Karriere schützen und einen Wechsel verhindern. All dies führt zum Ausschluss sowohl der Bürger durch das Phänomen der Wahlenthaltung als auch wichtiger sozialer Gruppen wie beispielsweise Verbände aus dem Staatsleben. Eine unverzeihliche Verschwendung wertvoller Energie.

In dieser Situation muss man auch die große Macht der Parteispitze berücksichtigen, die dank der Möglichkeit, Abgeordnete wiederzuwählen oder nicht, zu den Personen wird, an die sich die Gewählten wenden, wodurch die Lösung der Probleme der Bürger in den Hintergrund tritt.

In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass die Institutionen nach und nach den Raum für Politik einnehmen, der eigentlich in die Zuständigkeit der Bürger fallen sollte. Auf diese Weise werden die Bürger immer mehr aus der Verwaltung des Staates verdrängt, was dem reibungslosen

Funktionieren der Institutionen schwer schadet, da es zumindest keine organisierte Einrichtung gibt, die eine wirksame Kontrolle der Arbeit der Institutionen ausüben kann. Der Kontrollierte und der Kontrolleur fallen letztendlich zusammen.

Ein Beweis für dieses Phänomen ist die allgemeine Wahrnehmung des Satzes „Dieses Problem sollte die Politik lösen“. Die meisten Menschen denken dabei sofort an die Machtzentralen und ihre Bewohner, die sich um die Lösung des Problems kümmern sollten. Niemand denkt daran, dass die Bürger, organisiert in intermediären Einrichtungen, den Parteien, das Problem diskutieren, Lösungen finden und die gewählten Vertreter ihrer Partei auffordern könnten, sich für Gesetze zu engagieren, um diese Probleme zu lösen. All dies geschieht nicht, weil es Parteien in diesem Sinne nie gegeben hat.

Was ist institutionelle Politik und Soziale Politizität?

1) Die zwei Arten von Politik

Schematisch lassen sich zwei Arten von Politik unterscheiden (wir hielten es für notwendig, einen Neologismus zu schaffen, der eine Reihe von Konzepten zusammenfasst).

Die erste ist die **institutionelle Politizität**, die in den in den Verfassungen der verschiedenen Staaten vorgesehenen Institutionen wie der Regierung und dem Parlament ausgeübt wird, wo für alle verbindliche Entscheidungen getroffen werden.

Die zweite ist die **soziale Politizität**, die von den Bürgern und Bürgerinnen ausgeübt werden sollte und sich in einer Reihe von Funktionen und Handlungen konkretisiert, die in enger Wechselbeziehung zueinander stehen.

2) Was ist soziale Politizität?

Mit „sozialer Politizität“ bezeichnen wir die Gesamtheit der Instrumente, Handlungen und Funktionen, die es den Bürgern und Bürgerinnen ermöglichen, politische Ideen und Visionen zu entwickeln, um die institutionelle Politizität im Interesse der Gemeinschaft zu lenken und zu kontrollieren. **Soziale Politizität entsteht also, wenn die Zivilgesellschaft über politische Räume und Instrumente verfügt, um sich zu bilden, sich auszutauschen, ihre Anliegen und Vorschläge zu äußern, an der Ausarbeitung von Wahlprogrammen und der Auswahl von Kandidaten für Wahlämter mitzuwirken und die Arbeit der Gewählten zu überprüfen und zu bewerten.**

Es ist wichtig zu betonen, dass Wahlen allein nicht ausreichen, um soziale Politizität zu begründen, denn Wahlen sollten der Endpunkt eines Prozesses der Beteiligung, Auseinandersetzung und Ausarbeitung einer Gesellschaftsvision sein. Andernfalls werden Wahlen zu einem Ritual, das nur den Anschein von Demokratie hat.

3) Unverzichtbare Elemente für soziale Politizität

a) Ein unabhängiges Informationssystem

b) Eine Ausbildung in „Politik“ für die Bürger

c) Die Existenz von Parteien und/oder politischen Gruppierungen, verstanden als freie Vereinigungen von Bürgern, um an politischen Entscheidungen teilzunehmen und dazu beizutragen.

4) Warum gibt es in der heutigen Gesellschaft wenig soziale Politizität?

Aus historischen Gründen verhindern die heutigen politischen Systeme weltweit die Entwicklung von sozialer Politizität, ja sie unterdrücken sie sogar, da sie die Anhäufung von Macht bei denselben Personen zulassen, die gleichzeitig sowohl institutionelle Politizität (als Parlamentarier oder Mitglieder der Exekutive) als auch soziale Politizität (in Schlüsselpositionen der Partei) ausüben wollen. Diese Anhäufung von Rollen ist der Hauptfaktor, der die Soziale Politizität zunichte macht: Es ist daher offensichtlich, dass für ihr Gedeihen eine klare Trennung zwischen sozialer und institutioneller Politik erforderlich ist, da sonst die Kontrollierenden und die Kontrollierten zusammenfallen und einen gefährlichen Interessenkonflikt verursachen.

Nachfolgend finden Sie eine Liste einiger kritischer Punkte in Bezug auf die Situation in Italien.

1) Die Führungsgruppe der Partei wählt die Kandidaten aus, die sich nach ihrer Wahl für ihre politische Zukunft den Parteien „verpflichtet“ fühlen, die sie gewählt haben, und neigen daher dazu, das kollektive Interesse zu vernachlässigen. Dieses System der Auswahl der politischen und administrativen Klasse, das die Ernennung von Personen, die den Parteien nahestehen und den Parteiführern treu sind, in Wahllisten, öffentlichen Einrichtungen und Beteiligungsgesellschaften privilegiert, führt zu einer Erstickung der Führungsklasse des Landes und zu einer zunehmenden Verbreitung von Klientelismus und Konkordanzpolitik.

2) Der Gewählte neigt dazu, seine Wiederwahl an erste Stelle zu setzen, was zu einem Interessenkonflikt mit seinem öffentlichen Amt führt. Diese menschliche und verständliche Tatsache führt zu:

a) einer Verzerrung der Funktion der Partei, da sie als Instrument der Macht und der persönlichen Förderung statt als Instrument der Entwicklung der sozialen Politik genutzt wird;

b) einer Verschlechterung der Institutionen, weil in den neuralgischen Positionen Personen aus den Reihen der Partei eingesetzt werden, wobei Loyalität gegenüber Kompetenz bevorzugt wird.

3) Wahlkampagnen erfordern große finanzielle und mediale Mittel, die oft von Machtgruppen bereitgestellt werden, die dann natürlich eine Gegenleistung verlangen.

Die oben beschriebenen Phänomene begünstigen eine perverse Verflechtung zwischen politischer Macht (institutionelle Politik) und wirtschaftlicher, finanzieller, akademischer und medialer Macht, mit einer weitreichenden Präsenz der Parteien in allen Bereichen des zivilen Lebens, einer allgemeinen sozialen Verflachung und einem Verlust des Potenzials, das nur eine intellektuell freie Gesellschaft zum Ausdruck bringen kann.

Die Soziale Politizität braucht dringend tiefgreifend erneuerte politische Kräfte.

Aus den oben genannten Gründen sind wir der Meinung, dass Politik nicht mit einem gewöhnlichen Beruf gleichgesetzt werden kann, nicht lebenslang innerhalb der Institutionen ausgeübt werden kann und dass zur Lösung der aktuellen Probleme der Politik ein Personalwechsel (auch wenn die neuen Personen nachweislich ehrlich und kompetent sind) nicht ausreicht, sondern strukturelle

Veränderungen der politischen Formen erforderlich sind. Beispiele hierfür sind: das Verbot der Ämterhäufung, ein Parteiengesetz, eine Begrenzung der Anzahl der Mandate, das Verbot, das von den Wählern erteilte Mandat aufzugeben.

Um die aufgezeigten Missstände zu überwinden, muss man sich also auch für die Entwicklung politischer und kultureller Maßnahmen einsetzen.

5) Warum ist es unerlässlich, soziale Politizität zu entwickeln?

Der Reichtum an intellektuellen Ressourcen der Gesellschaft läuft Gefahr, aufgrund mangelnder sozialer Politizität nicht genutzt zu werden, sodass die gesamte Gesellschaft darunter leidet, weil sie nicht politisch denken kann; daher bringt sie nicht die gemeinsamen Visionen hervor, die die Gesellschaft dringend benötigt, um nicht von gut organisierten Interessen überwältigt zu werden, deren vorrangiges Ziel nicht das allgemeine Interesse ist.

Die vielen politischen und kulturellen Vereinigungen, an denen die Zivilgesellschaft so reich ist, schaffen es aufgrund fehlender Regelungen und geeigneter Räume nicht, mit den Institutionen in Kontakt zu treten, die sich zwar für sensibel erklären, aber in Wirklichkeit taub für soziale Belange sind.

Derzeit werden alle politischen Entscheidungen ausschließlich vom institutionellen Sektor (Berufspolitiker und Bürokratie) getroffen, der sich nach den im Laufe der Zeit gefestigten institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Machtverhältnissen richtet und daher keine politische Vision entwickeln kann, die den Interessen aller dient. Diese Situation führt häufig zu systemischen Brüchen wie beispielsweise politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen oder Kriegen.

Der Gesellschaft, die ausgegrenzt ist und über keine angemessenen Mitwirkungsinstrumente verfügt, bleiben nur lautstarke Protestformen oder der resignierte Rückzug ins Private.

6) Welche Reformen für die Entwicklung der sozialen Politik?

6.1) Vorschriften für Parteien

Status quo: Heute wird jede Partei von Personen geführt, die gleichzeitig in staatlichen Institutionen tätig sind, was zu Doppelrollen, doppelter Macht, großer Ineffizienz, mangelnder Kontrolle und Korruption führt. Die Wahllisten werden nicht von den Bürgern nach Bewertung und Auswahl der Kandidaten festgelegt, sondern von den Parteiapparaten. Schließlich gibt es keine Transparenz hinsichtlich der Herkunft der Parteifinanzierung.

Ziel: Wer eine Partei vertritt oder leitet, darf keine öffentlichen Ämter oder Regierungsämter übernehmen. Die Reform der Parteien muss Demokratie und Partizipation in die internen Entscheidungsprozesse der Parteien einführen; ihnen werden auch öffentliche Funktionen übertragen, damit sie zu assoziativen Instrumenten werden, die die Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen fördern.

6.2) Reform des Schulwesens

Status quo: Die Schule neigt im Allgemeinen dazu, zu unterrichten, aber nicht zu erziehen. Die Schüler aller Schulstufen verlassen die Schule in der Regel ohne zu wissen, wie die Institutionen funktionieren, ohne Grundkenntnisse im Recht, ohne zu wissen, wie sie ihre Rechte ausüben können, und ohne die Instrumente zu besitzen, um die Sprache der öffentlichen Verwaltung zu verstehen.

Ziel: Die Schule darf nicht nur die Aufgabe der Unterweisung erfüllen, sondern muss mit einem einheitlichen nationalen Programm zur aktiven Bürgerschaft erziehen, damit jeder Mensch darauf vorbereitet ist, mit Bewusstsein für seine Rolle in die Gesellschaft einzutreten: Jeder Bürger muss nicht nur die Funktionsweise der Institutionen kennen, sondern auch in der Lage sein, seine Rechte auszuüben und seine Pflichten zu erfüllen.

Sehr nützlich wäre auch die Vermittlung von Gewaltfreiheit und insbesondere von gewaltfreier Kommunikation, die von grundlegender Bedeutung ist, um eine weit verbreitete Fähigkeit zum friedlichen Dialog, zum Zuhören und zum Respektieren des Gesprächspartners zu erreichen und dabei zu lernen, Soziale Politizität als Instrument zu nutzen, um unterschiedliche Sichtweisen zu vereinen und sie in Maßnahmen und Normen zum Wohle der Gemeinschaft umzusetzen.

6.3) Reform der Informationsmedien

Status quo: Heute werden die meisten Medien, einschließlich der öffentlichen, von (politischen und wirtschaftlichen) Machtgruppen kontrolliert, die die Informationen stark beeinflussen. Italien liegt laut der Rangliste von „Reporter sans frontières“ für 2023 auf Platz 41.

Ziel: Ein freier und pluralistischer öffentlicher Dienst, um kritisches Denken und Bewusstsein zu fördern. Zu diesem Zweck müssen die Akteure der öffentlichen Information mit transparenten Methoden ausgewählt werden, wobei der Pluralismus der Information zu berücksichtigen ist und Positionsvorteile zu vermeiden sind. In diesem Sinne ist die am 8. August 2025 von der Europäischen Union verabschiedete Verordnung „Media Freedom Act“ wichtig. Das ultimative Ziel des Informationssystems muss es sein, das Recht auf Wissen zu befriedigen. Es reicht nicht aus, allen Dokumente und Daten zur Verfügung zu stellen, wenn nicht die Voraussetzungen für ihre tatsächliche Nutzbarkeit geschaffen werden. Die Information muss die Entwicklungsprozesse im Sinne unserer Verfassung und der Demokratie begleiten.

Insbesondere im Hinblick auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind wir der Meinung, dass auch die Bürgerinnen und Bürger eine Rolle bei der Kontrolle der Verwaltung dieses Dienstes spielen müssen, um dessen Unabhängigkeit zu gewährleisten.

7) Welche Rolle spielen Vereine, Komitees, Gruppen und Bewegungen?

Der Ansatz der sozialen Politik, der die Schaffung von politischen Kräften/Parteien vorsieht, die sich radikal von der Vergangenheit unterscheiden und zu einer echten Brücke zwischen Bürgerschaft und Institutionen werden, würde auch eine natürliche Entwicklung der Rolle von Vereinen, Gruppen, Bewegungen und Komitees begünstigen. Allerdings ist ein Umdenken erforderlich: Es gilt, Vorurteile gegenüber der Politik zu überwinden und zu verstehen, dass die Politik, wenn sie anders strukturiert wäre, der ideale Ort wäre, um den Vorschlägen der Zivilgesellschaft Gehör zu schenken, sie zu bewerten und gegebenenfalls umzusetzen. Diese Einrichtungen könnten in naher Zukunft einen bedeutenden Beitrag zur sozialen Politik leisten, indem sie beispielsweise an der Festlegung politischer Programme und der Benennung von Kandidaten für die Wahllisten mitwirken. Es ist wichtig, dass diese Einrichtungen die Bedeutung und das Potenzial der sozialen Politik erkennen und sich daher entschließen, sich daran zu beteiligen, indem sie sich in ein paritätisches Netzwerk einbringen, das Synergien ermöglichen und den kulturellen Wandel beschleunigen würde, der notwendig ist, um die Formen der Politik im Interesse der Allgemeinheit zu verändern.

8) Abschließende Überlegungen.

Politik und Soziale Politizität sind eng mit gewaltfreier Kommunikation verbunden, denn dank des Austauschs und des Zuhörens, dank der Aufmerksamkeit für den anderen kann die Politik den besten Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Sichtweisen der verschiedenen Teile der Gesellschaft finden. Gewalt ist die Verneinung der Politik.

Wir betonen, dass die Entwicklung der sozialen Politik in der Gesellschaft zu einer deutlichen Verbesserung der Funktionsweise der Institutionen und der Gesellschaft im Allgemeinen führen könnte. Wir sind uns zwar bewusst, dass soziale Politizität nicht die „Lösung der Probleme“ ist, sondern die unverzichtbare Voraussetzung für ihre Lösung, da sie es ermöglicht, die komplexen Probleme anzugehen, die durch die großen wirtschaftlichen und finanziellen Mächte, die die Welt regieren, verursacht werden.

Nur durch die Beteiligung und das bürgerliche Engagement aller Bürger und Bürgerinnen können sowohl lokale als auch globale Phänomene für eine Zukunft in Wohlstand und Frieden besser bewältigt werden.